

Erfolge für eine verantwortungsvolle Steuerpolitik.

Die Steuerdebatte läuft heiss. Einige Vorstösse der Bürgerlichen sind „easy“ andere gar nicht.

Wer hat, dem soll gegeben werden. Frei nach diesem oder einem ähnlichen Motto präsentierten die Bürgerlichen im vergangenen November dem Grossen Rat ein ganzes Paket an Vorstössen. Die FDP verlangte unter anderem eine Besserstellung für Notare, Grundstücksbesitzer und Briefkastenfirmen. Die LDP doppelte mit Entlastungswünschen für Grossaktionäre nach. Mit dieser Wunschliste für Gutbetuchte machten die einst staatstragenden Bürgerlichen vor allem eines klar: - dass sie inzwischen in der Opposition angekommen sind. Denn ihre Forderungen sind in ihrer Gesamtheit masslos und können nur von Parteien gefordert werden, welche die Verantwortung für die Staatsfinanzen an andere abgegeben haben.

Massive Ausfälle

Zusammen mit der Volksinitiative der CVP hätten sie Einnahmeausfälle von rund dreihundert Millionen Franken zur Folge. Und dies bevor der Kanton die letzten Steuersenkungen verkraftet hat. Die Vermögenssteuer wurde vor Kurzem um 10 und die Einkommensteuer um rund 5,5 Prozent gesenkt. Als Folge mussten zwei happige Sparpakete beschlossen werden. Diese führten unter anderem dazu, dass Hunderte von Staatsstellen abgebaut, Sozialhilfebeiträge gekürzt, die Stadtreinigung reduziert und das Kulturangebot abgespeckt werden mussten. Ausgerechnet in dem von der FDP geführten Sicherheitsdepartement ist das letzte Sparpaket immer noch nicht umgesetzt. Hanspeter Gass tut sich schwer, die letzten 10 Millionen in seinem Departement einzusparen. Kein Wunder, die Summe entspricht rund 100 Polizistenlöhnen. Trotzdem fordert seine Partei Senkungen die gesamthaft 30 mal höher wären.

Ja zu vernünftigen Senkungen

Die SP-Fraktion hat das Steuersenkungspaket der Bürgerlichen erfolgreich bekämpft. Steuersenkungen müssen besser begründet sein und sehr gezielt vorgenommen werden. Sie sollen massvoll sein und nicht in erster Linie Begüterte begünstigen. Die SP stellt sich nicht grundsätzlich gegen Steuersenkungen und Reformen des Steuersystems. Ein Beweis dafür war die Motion von Christine Keller, die im Sommer überwiesen wurde. Sie fordert einen teilweisen Abzug der Krankenkassenprämie vom Steuerbetrag. Ein weiterer Beweis ist mein Anzug, der im November mit breiter Abstützung überwiesen wurde. Darin bitte ich die Regierung eine Idee der FDP Zürich, die sogenannte „EasySwissTax“ zu prüfen. Die EasySwissTax will das Steuersystem von Grund auf reformieren, indem sie mit der schwierig zu durchschauenden Vielfalt an Steuerabzügen aufräumt.

Ungerechte Steuerabzüge

Der Bundesrat hat festgestellt, dass Steuerabzüge die Steuereinnahmen aus der direkten Bundessteuer um mehr als die Hälfte senken und ungerechte Auswirkungen haben. Die Sozialabzüge zum Beispiel (Krankheitskosten, freiwillige Zuwendungen, Zweiverdienerabzug, Abzüge für Kinder und Unterstützungsbedürftige) reduzieren die Mittelschichtsteuern um 17 bis 20%, diejenige der Einkommensschwachen nur um 1 bis 4%. Damit hat der Bundesrat aufgezeigt, dass die Abzüge die Steuerkurve verfälschen. Anstatt mehr Steuergerechtigkeit, schaffen sie Steuerschlupflöcher und verleiten zu falschen Anreizen. Sie fördern beispielsweise die Verschuldung der Haushalte, lange Pendlerwege oder übertriebenes Alterssparen.

Prüfungswerte Alternative

Die „EasySwissTax“ basiert auf der Individualbesteuerung. Die Progression besteht nur noch aus zwei bis drei Stufen. Menschen unter dem Existenzminimum erhalten Steuergutschriften. Die „EasySwissTax“ bietet auf den ersten Blick soviel Vorteile, dass es sich lohnt, sie genau zu prüfen. Dem Aspekt der Steuergerechtigkeit soll dabei besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Beat Jans, Grossrat